

Kitaplatz verzweifelt gesucht

In Berlin beginnt die Jagd nach einem Kita-Platz häufig schon in der Schwangerschaft. Und sie bleibt trotzdem immer öfter erfolglos. Denn in der Stadt fehlen schätzungsweise 3.000 Plätze. Von der Politik fühlen sich die Eltern im Stich gelassen. Nun gehen sie auf die Straße, am 26. Mai, mit der Kitakrise-Großdemo. Wie Berliner Mütter und Väter am Kitasystem verzweifeln

TEXT: ASTRID EHREHAUSER

Unruhig wirbelt Jan an seiner Mutter vorbei, dreht sich einmal im Kreis, springt an ihr hoch. Katharina Mahrt will ihrem Sohn die Schuhe anziehen. Gleich werden sie auf den Spielplatz gehen, wie jeden Tag. Jan ist 16 Monate alt. Eigentlich müsste er jetzt in die Kita. Das Problem ist: Er hat keine. Immer noch nicht.

Seit fast zwei Jahren sucht Katharina Mahrt einen Kitaplatz in Neukölln. Weil sie den nicht findet, muss sie zu Hause bleiben, ihr Studium verlängern, den Job aussetzen. Mehr als 20 Kitas hat die 30-Jährige kontaktiert. Im Februar klagte sie deshalb sogar gegen das Land Berlin.

Katharina Mahrt ist nicht allein mit ihrer Wut. Unter Berlins Eltern mit Kleinkindern ist die Verzweiflung groß. So viele Bewerber wie jetzt standen noch nie auf den Wartelisten von Kitas und Tageseltern, gerade in den Innenstadtbezirken. Weil die Kinder zuhause betreut werden müs-

sen, wackeln Lebensplanungen. Da müssen Ausbildungen verschoben, Jobangebote abgesagt, Karrierepläne beendet werden. Berlins Kitakrise treibt jetzt die Eltern auf die Straße. Ihre Geduld ist am Ende.

In Berlin fehlen 3.000 Kitaplätze, schätzt der Paritätische Wohlfahrtsverband. Dabei hat nach dem ersten Geburtstag jedes Kind einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. In Berlin wäre dieser sogar kostenlos – der daraus entstehende Andrang ist ein weiterer Grund, weshalb Eltern immer früher einen Kitaplatz suchen. Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen wären eigentlich gesetzlich verpflichtet, eine Kita zu besuchen. Doch es fehlt nicht nur an Immobilien, sondern vor allem an Erzieherinnen und Erziehern.

Zwar arbeiten seit 2012 laut Senat 30 Prozent zusätzliche pädagogische Fachkräfte in den Kitas. Aber die Stadt wächst schnell – zum einen, weil viele Menschen hierher

Mutter Katharina Mahrt, Sohn Jan: „Irgendwann beschleicht einen Panik“

Foto: F. Anthea Schaap

ziehen, aber auch wegen hoher und vor Jahren falsch prognostizierter Geburtenraten.

Nach Auskunft der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie können rund 10.000 genehmigte Plätze in Kitas und bei Tageseltern derzeit nicht angeboten werden. Das liege vor allem am Fachkräftemangel, heißt es dort. Bis 2020 brauche man 5.500 Vollzeit-Stellen mehr, aktuell sind es 24.000.

So lange wollen die Berliner Eltern aber nicht warten. Am Sonnabend, dem 26. Mai, dürften deshalb mehrere tausend Teilnehmer bei der „Kitakrise-Demo Berlin“ auf die Straße gehen. Ein Team aus gut 15 Leuten trifft sich seit Anfang des Jahres regelmäßig, um die Demonstration zu organisieren. Es wäre das erste Mal, dass sich der Protest der Berliner Eltern in dieser Größenordnung Luft macht.

Dabei sind nicht nur Eltern ohne Kitaplatz, sondern auch solche, die zwar Glück hatten bei der Suche, aber kritisieren, dass Kitas wegen Personalknappheit früher schließen müssen – oder überbelegt werden sollen. Denn der Senat will kurzfristig die Kitaplatzknappheit entschärfen, indem Kitas ein Kind mehr pro Gruppe aufnehmen. Eltern, Verbände und auch viele Bezirke kritisieren das. Aktuell soll sich eine Erzieherin rein rechnerisch um neun Kinder über drei Jahren beziehungsweise mehr als fünf Kinder unter drei Jahren kümmern – der Bundesschnitt ist ähnlich.

Auch Katharina Mahrt machen solche kurzfristig gedachten Pläne wütend. Daher wird auch sie am Sonnabend demonstrieren: für bessere Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher, mehr Räume für Kitas sowie Unterstützung bei der Suche nach einem Kitaplatz. „Es ist unfair, dass nicht alle Kinder die gleichen Startchancen bekommen“, sagt sie.

Wöchentlich bringt sie ihren Sohn zu Bewegungs- und Musikkursen an Familienzentren. „Damit Jan in einer festen Gruppe ist. Es ist schwierig, den Kontakt zu Kindern zu gewährleisten ohne Kitaplatz.“

Der Platzmangel hat ihre Lebensplanung komplett über den Haufen geworfen. Die junge Mutter studiert im Master Europäische Ethnologie, eigentlich wollte sie damit bald fertig sein. Jetzt wird es wohl ein Jahr länger dauern. Mitte Februar ist das Elterngeld ausgelaufen, ob ihre BAföG-Leistungen weiter genehmigt werden, weiß sie nicht. Bei ihrer Stelle als Tutorin an der Uni musste sie die Elternzeit verlängern. In den ersten vier Monaten blieb ihr Mann zuhause. Jetzt arbeitet er 30 Stunden und kümmert sich ab dem späten Nachmittag um Jan. Aber die dadurch gewonnene Zeit reicht Katharina Mahrt nicht, um eine letzte Hausarbeit und endlich auch die Masterarbeit zu schreiben. Oft fragt sie sich: „Was passiert mit meiner Zukunft?“

Eigentlich wollten sie umziehen. Die Familie wohnt in ihrer ehemaligen WG, einer Dreizimmer-Wohnung am S-Bahnhof Sonnenallee. „Es macht mich wütend, dass man

keine Sicherheit hat. Ich kann die Zeit mit Jan gar nicht sorgenfrei genießen. Eigentlich ist das doch toll für ihn, dass er mehr Zeit mit mir hat“, sagt sie und ergänzt: „Aber ich weiß nicht, ob man sich das schönredet.“

Auf dem Spielplatz hockt Jan in einer braunen Latzhose aus Cord barfuß im Sandkasten. Ein anderes Kind sitzt neben ihm, es schwenkt ein rotes Eimerchen. Konzentriert stochert Jan mit seiner kleinen Plastikschaufel im Sand. Dann rappelt er sich auf, tappst zur Rutsche und summt dabei. Katharina Mahrt blickt lächelnd zu ihm, sie winkt zwei Müttern zu, die gerade auf den Spielplatz kommen. Sie kennt viele der Eltern hier. Eltern, die alle keinen Kitaplatz bekommen haben. Die auf der Suche sind. Wie sie.

Als sie im fünften Monat schwanger war, ließ sich Mahrt bei lediglich zwei Kitas auf die Wartelisten setzen, sie wollte sich nicht stressen. „Aber irgendwann beschleicht einen die Panik.“ Bei einer Kita hieß es etwa, als Studentin sei sie doch flexibel und daher nicht angewiesen auf einen Platz. „Die legen ihre eigenen Maßstäbe an.“

Mittlerweile hat Katharina Mahrt über 20 Kitas angefragt. Alle paar Wochen schreibt sie ihnen E-Mails, ruft an, kommt teilweise persönlich vorbei. Sie weiß von Eltern, die versuchen, Kitas zu bestechen, mit Bastelsachen oder Nudelsalat für das Sommerfest. Täglich klickt sie auf die gleichen Internetseiten in ihrem Smartphone. Doch auf den wenigen Suchseiten stehen selten freie Plätze, vor allem nicht für Kinder unter drei Jahren. Mit der Elterninitiative Kitakrise fordert sie eine zentrale Online-Datenbank, auf der Kitas freie Plätze veröffentlichen und Eltern sich bewerben können.

Die Frau, die für das Kitachaos in der Verantwortung steht, heißt Sandra Scheeres und ist die Bildungs- und Jugendsenatorin. Ihre Partei, die SPD, hat das Ressort (mit gelegentlich leicht verändertem Zuschnitt) seit mehr als 20 Jahren inne. Sandra Scheeres erklärt, dass ihre Verwaltung bereits an einem zentralen „Online-Wartesystem“ arbeite, doch das sei komplex. Über die Demo-Forderungen sagt sie: „Viele decken sich mit dem, was ich will: mehr Kita-Plätze, gute Betreuungsschlüssel und eine bessere Bezahlung der Erzieher.“ Scheeres betont jedoch auch: „Es geht nicht immer alles von jetzt auf gleich. Jede Verbesserung beim Betreuungsschlüssel bedeutet, dass wir für die jetzt vorhandenen Kita-Plätze noch mehr Erzieher brauchen. Und auch wenn Fachkräfte mehr Gehalt bekommen, haben wir nicht über Nacht den Fachkräftemangel behoben.“

Ihre Senatsverwaltung schätzt, dass die Situation ab August besser werden dürfte, weil dann über 30.000 Kinder eingeschult würden und Kitaplatze frei machten. Zeitgleich würden 2.500 Fachkräfte ihre Ausbildung beenden. Kurzfristig könnte das die Situation entspannen.

Doch das Sommersemester von Katharina Mahrt hat schon im April begonnen. Ohnehin rechnen Eltern und

»Es macht mich wütend, dass man keine Sicherheit hat. Ich kann die Zeit mit Jan nicht sorgenfrei genießen«

Katharina Mahrt, junge Mutter



Auf knapp 100 Wartelisten in vier Bezirken: Christine Kroke und Volker Goß mit Sohn Carl

Verbände damit, dass im Herbst bald wieder Plätze fehlen dürften. Daher ging Katharina Mahrt Anfang Februar als eine der ersten Betroffenen Berlins vor Gericht. Sie wollte nicht nur einen Betreuungsplatz für ihren Sohn, sondern auch politischen Druck aufbauen. Wie sie, haben mehr als 30 Eltern eine Klage gegen das Land Berlin eingereicht, das teilten die Bezirke auf Nachfrage von ZITTY mit.

Die Qualität leidet, sagt die Erzieherin

Mittlerweile ist Katharina Mahrts Eilverfahren abgeschlossen, sie hätte einen Platz bekommen. Doch die Kita wäre knapp 30 Minuten von ihrer Wohnung entfernt – auf entgegengesetztem Weg zur Arbeit ihres Mannes und zur Uni.

Die 30-Jährige ist enttäuscht von der Politik. Zusammen mit der Elterninitiative Kitakrise fordert sie unter anderem Gehaltserhöhungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie Angestellte in Berliner Kitas. Sie sollen genauso viel verdienen wie in Brandenburg. Außerdem müsse sich der Betreuungsschlüssel verbessern, und mehr junge Menschen sollen für den Beruf motiviert werden.

Motiviert war auch Johanna Klemm, als sie ihre Ausbildung begann. Die 29-Jährige arbeitet seit vier Jahren in einer Kreuzberger Kita, 35 Stunden die Woche. Sie erlebt sozusagen die andere Seite der Kitakrise. In manchen anstrengenden Phasen zweifelt sie jetzt, ob Erzieherin wirklich der richtige Beruf für sie ist. Denn die Krise macht sich auch in ihrer Kita bemerkbar: „Die Qualität leidet. Das frustriert

mich. Ich habe nicht fünf Jahre eine Ausbildung gemacht, um dann nur wie ein Aufbewahrungsort zu funktionieren.“

Auch sie will daher am 26. Mai mitdemonstrieren – nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Bezahlung, sondern vor allem für die Kinder: „Gerade die ersten Jahre der Kinder sind so eine sensible, wichtige Zeit.“

Letztlich bräuchte es vor allem mehr Personal, sagt Johanna Klemm. „Die Erzieher, die da sind, werden immer mehr belastet. Es ist ein Teufelskreis: Die belasteten Erzieher werden krank und fallen weg – und diejenigen, die da sind, werden noch stärker belastet. Die fallen dann später weg.“

Immer wieder erkrankten Erzieherinnen langfristig. Ihre Kolleginnen seien nicht älter als Mitte 30. Länger hielten viele den Stress nicht aus. In ihrer Kita gibt es zwölf Erzieherinnen, vier Zeitarbeitskräfte und eine Auszubildende. Sie betreuen aktuell 108 Kinder. Eigentlich hätten 27 weitere Kinder Platz, aber es fehlen zusätzliche Kolleginnen. Seit einem Jahr nimmt die Kita keine neuen Kinder mehr auf. Trotzdem lassen sich täglich Eltern auf die Warteliste setzen.

Johanna Klemm liebt ihren Beruf, aber es ärgert sie, dass sie zu wenig Wertschätzung erfährt. Im „Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Tagespflege“ steht, welche Aspekte frühpädagogischer Bildung sie vermitteln soll. Diese reichen von Umweltbewusstsein über mathematisches Grundverständnis bis hin zu sozialen und kulturellen Kompetenzen. Für Elterngespräche schreibt sie über jedes Kind halbjährlich mehrere Seiten. Für all das bekommt sie bei Steuerklasse eins monatlich knapp 1.700 Euro netto.

Foto: F. Anthea Schaap



Die Organisatoren erwarten mehrere Tausend Demo-Teilnehmer

Kitakrise-Demo

Ursprünglich war die Großdemo einen Tag später angemeldet. Gut zwei Wochen vor dem Termin erfuhr die Initiative „Kitakrise“ jedoch, dass die Alternative für Deutschland (AfD) am selben Tag eine davon unabhängige politische Kundgebung rund um das Brandenburger Tor organisiert. Auch tausende Gegendemonstranten werden erwartet. Weil die Eltern eine kinderfreundliche und friedliche Demonstration veranstalten möchten, wurde die Kitakrise-Demo auf den 26. Mai vorverlegt. Nun müssen kurzfristig neue Plakate und Flyer gedruckt werden. Wer die Kitakrise-Demo unterstützen möchte, kann spenden unter: www.gofundme.com/kita-krisespenden.

Infos zur Demo: www.kitakriseberlin.org

Foto: kelly bell photography / flickr.com / CC BY 2.0

Ihre Kolleginnen in Brandenburg verdienen rund 300 Euro mehr im Monat.

Diese Diskrepanz kritisiert auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin. Auch sie fordert eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher. Der Berliner Tarifvertrag müsse auf das Niveau der anderen Bundesländer angeglichen werden. Denn zu niedrige Bezahlung, schlechte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie zu wenig Ausbildungsplätze führten letztlich zum Fachkräftemangel. Tatsächlich belegen kürzlich veröffentlichte Zahlen, dass aktuell jeder vierte die Erzieherfachschule abbricht – vor allem aus finanziellen Gründen.

GEW-Sprecher Markus Hanisch sagt: „Wenn genügend Erzieher*innen da wären, könnte das Problem sofort gelöst werden: Nach Angaben der Bezirke könnten dann rund 6.000 Kitaplätze zusätzlich angeboten werden.“ Daher unterstützt die GEW die Forderungen der Elterninitiative und hilft bei der Organisation der Demo.

Corinna Balkow, zweifache Mutter, hat es „geschafft“. So sagt sie es selbst. Ihr sechsjähriger Sohn geht mittlerweile in die Schule und nachmittags in einen Hort, die dreijährige Tochter besucht eine Kita. Corinna Balkow ist die Vorsitzende des Landeselternausschusses Kindertagesstätten

(LEAK), der ebenfalls die Elterninitiative und die Demonstration unterstützt.

Als sie für ihren älteren Sohn vor sechs Jahren einen Betreuungsplatz suchte, konnte sie sich die Kita noch aussuchen. „Ich habe das Gefühl, das war tatsächlich noch in der guten alten Zeit.“ Drei Jahre später, bei ihrem zweiten Kind, machte sich der Platzmangel bemerkbar. Die Kita nahm ihre Tochter nur auf, weil sie ein Geschwisterkind war. „Aktuell ist es so gut wie unmöglich, irgendwo reinzukommen. Und sich etwas auszusuchen nach Konzept, Öffnungszeiten oder der Nähe zum Wohnort, das fällt jetzt weg. Die Eltern sind gezwungen, die Plätze zu nehmen, die sie noch kriegen“, sagt Balkow.

Die 37-Jährige versteht den Ärger von Eltern, die unter dem Platzmangel leiden. Sie betont: „Wir sind total froh über das Engagement der Eltern. Die Aufmerksamkeit, die jetzt die Kita-Demo kriegt, ist natürlich noch mal eine besondere, weil sie wirklich aus der Elternschaft kommt. Das ist wichtig.“ Als Vertretung derjenigen Eltern, die schon einen Betreuungsplatz haben, sind die Mitglieder des LEAK nicht direkt von den fehlenden Plätzen betroffen. Dennoch kämpfen auch sie schon länger unter anderem für bessere Arbeitsbedingungen, bessere Qualität sowie mehr Personal

in den Kitas. Bei allem Verständnis für Eltern, die verzweifelt auf der Kitasuche sind, ist Balkow verärgert über die Notlösung der Überbelegung. So werde das Problem verschärft. „Das mag im Sommer okay sein, wenn man ein Kind mehr auf dem Spielplatz hat, aber spätestens im Winter zu den Krankheitswellen wird das alles zusammenbrechen.“

Christine Kroke und Volker Goß haben mit der Suche nach einem Platz für ihren Sohn begonnen, da war Carl noch gar nicht auf der Welt. Jetzt ist er sieben Monate alt. Sein Name steht auf knapp 100 Kita-Wartelisten. In vier Bezirken.

An einem Mai-Tag sitzt die Familie gemeinsam an einem massiven Holztisch im Wohnzimmer ihrer Friedrichshainer Altbauwohnung. Ihr Sohn hockt auf dem Schoß seines Vaters. Vor ihnen liegt ein Stapel Plakate. Auf gelbem Papier kündigen bunte Buchstaben die Demo an. Volker Goß war heute Nachmittag ein paar Stunden in der Nachbarschaft unterwegs und hat sie verteilt. Er ist seit der Geburt von Carl in Elternzeit. Wahrscheinlich wird er auch danach halbtags zu Hause bleiben müssen.

Im Februar reichte es Christine Kroke dann. Gerade hatte sie von einer Kita des Berliner Eigenbetriebs Kindergärten City eine Absage bekommen. Es hieß, derzeit würden 700 Kinder auf zwei freie Plätze warten. Da schrieb sich Christine Kroke ihre Wut auf Facebook von der Seele, wenig später kam sie mit den Organisatorinnen der Kitakrise-Demo zusammen. Mittlerweile ist sie deren Gesicht für eine Online-Petition, die bereits mehr als 68.000 Unterschriften gesammelt hat: „Wir fordern ja gar keinen Luxus, sondern nur unser Recht“, sagt sie.

Die ersten Bezirke schotten sich ab

Im fünften Schwangerschaftsmonat hat die Familie mit der Suche begonnen. Anfangs noch optimistisch in der näheren Umgebung, bei Kitas mit einem Konzept, das ihnen gefiel. Doch nach der Geburt von Carl im September wurde Christine Kroke nervös und entschied: „Ich mache jetzt Masse.“ In einer langen Excel-Liste hat sie die Namen der Kitas in der linken Spalte eingetragen, rechts davon stehen Vermerke wie „Mail versendet“, „Warteliste“ und immer wieder das frustrierende Wort „Absage“. Jeden Tag hat sie zwei bis drei Stunden mit der Suche verbracht.

Ab Mitte Juni, wenn sich die Lage etwas entspannen soll, wollen sie ihre „Sommeroffensive“ starten, wie Kroke es nennt: Wieder E-Mails schicken, anrufen, zu Besichtigungsterminen gehen – teils mit bis zu 70 anderen Eltern. „Das verhandelt einem die Elternzeit total“, sagt sie.

Christine Kroke arbeitet 75 Prozent Teilzeit, einen Tag pro Woche von zuhause. Als Pressesprecherin eines IT-Unternehmens verdient sie mehr als ihr Mann. Der 41-Jährige ist freier Architekt. Außerdem hatte die 36-Jährige gerade ihren neuen Job begonnen, als sie schwanger wurde. „Carl ist ein sehr lang erwartetes Wunschkind.“ Ihr Mann ist zufrieden mit der Aufteilung: „Ich genieße die Zeit mit Carl“, sagt er. Carl entdeckt das Basecap auf dem Kopf seines Vaters. Er patscht mit seinen Fingern dagegen, will danach greifen. „Ja okay, du kriegst die Kappe“, sagt er, lächelt den Kleinen an und setzt sie ihm auf. Dann sagt er: „Wir fühlen uns von

der Politik einfach im Stich gelassen.“ Ab September könnte Christine Kroke zwei Tage im Homeoffice arbeiten. Die Familie weiß, dass es bei ihnen funktionieren würde – anders als etwa bei vielen Alleinerziehenden. Und dennoch müssten sie zurückstecken: Monatlich würden 1.500 Euro netto fehlen.

Vor ein paar Wochen sah es so aus, als hätte die nervenzehrende Suche ein Ende. Eine Kita in Mitte hatte tatsächlich einen Platz für Carl, in der Nähe von Krokes Arbeitsplatz. Doch dann machte die Kita einen Rückzieher. Eigentlich gilt ihr Kitagutschein berlinweit, doch jetzt haben erste Bezirke begonnen sich abzuschotten. Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg etwa wollen vorrangig Kinder aufnehmen, die dort gemeldet sind.

Andere Bezirke, etwa Neukölln, kritisieren das. Die Senatsverwaltung unterstützt dagegen das Vorgehen grundsätzlich. Sie hat Anfang des Jahres eine Änderung des Kita-Förderungsgesetzes beschlossen. Jetzt können die Jugendämter Kooperationsverträge mit den Eigenbetrieben schließen und eine bestimmte Zahl von Plätzen für Kinder des eigenen Bezirks reservieren. Bisher steckten die nämlich in einem Dilemma: Gesetzlich sind die Ämter verpflichtet, Eltern einen Betreuungsplatz zu beschaffen – doch de facto fehlen ihnen dazu die Mittel. Die Bezirke sind keine eigenständigen Kitaträger. Doch die jetzt bevorstehenden Änderungen hätten lediglich Auswirkungen auf maximal 20 Prozent der Plätze. Denn von den 2.500 Kitas sind nur 276 Eigenbetriebe des Landes Berlin. Außerdem bestätigen zwar alle Bezirke auf Nachfrage von ZITTY den Fachkräftemangel als einen Hauptgrund für die Krise. Doch darauf hätten sie letztlich wenig Einfluss, ist der Tenor.

Die Senatsverwaltung hat jedoch langfristig ambitionierte Ziele: Bis 2021 sollen 25.000 Kitaplätze mehr entstehen, an 16 Standorten will das Land selbst Kitas in modularer Bauweise, also aus Fertigteilen, errichten. Mitte April hat Jugendsenatorin Scheeres eine Kita-Taskforce ausgerufen, um immerhin für Härtefälle kurzfristig Plätze zu organisieren. Außerdem läuft ein Programm, um mehr Quereinsteiger für den Beruf zu gewinnen, die Ausbildung soll verbessert werden. Seit Mitte Mai bezuschusst das Land zusätzlich die dreijährige Ausbildung für arbeitslose Menschen.

Auch der Bund mit der neuen Familienministerin Franziska Giffey (SPD), der bisherigen Neuköllner Bürgermeisterin, plant den Ländern bis 2021 immerhin 3,5 Milliarden Euro zu geben, um die Qualität in Kitas anzuheben. Doch die Bundesländer kritisieren, dass der Bedarf 5,5 Milliarden Euro höher sei. Ein wichtiger Baustein des sogenannten „Gute-Kita-Gesetzes“ von Giffey ist mehr Personal – und das solle besser bezahlt werden. Das Gesetz könnte Anfang 2019 in Kraft treten.

Für Christine Kroke und Volker Goß wäre das zu spät. Und auch Katharina Mahrt wollte dann längst mit ihrem Master fertig sein. Gerade hat sie endlich die Zusage für einen Betreuungsplatz bekommen. Ab August kann Jan in die Kita gehen, auf deren Warteliste ihn seine Mutter zwei Jahre zuvor geschrieben hat. Dann kann sie fertig studieren. Vielleicht wird sie ihre Masterarbeit über die aktuelle Kitakrise schreiben. „Damit am Ende noch jemand davon profitiert.“